

Bezugspreis:

Wochenschriftlich 180.— M. monatlich 60.— ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 29. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vorläufige Vereinbarungen in London

Endgültige Lösung des Reparationsproblems im Herbst?

Paris, 29. Juli. (WZB.) Cant „Welt Parisien“ hat ...

Ein Mahnruf Lloyd Georges. Lloyd George hielt auf einem Frühstück ...

Arbeitsgemeinschaft der Mitte?

Von einem Deutschen Demokraten. In den Blättern wird viel Geredes gemacht ...

Poincarés Richtlinien.

Paris, 28. Juli. (WZB.) Havas teilt mit, von zuständiger ...

Unterredung mit Vanderlip.

München, 28. Juli. (WZB.) Der amerikanische Finanzminister ...

Der Dollar über 600!

Die ungewöhnlich scharfe Form des kanadischen Niese ...

Oberschlesisches Schutzabkommen.

Atomik, 28. Juli. (WZB.) Zur Besprechung der gemeinsam ...

Flüchtlings. Ihre Zentralen sind das Bureau des polnischen ...

Ein Kabinett de Nava-Orlando?

Rom, 28. Juli. (WZB.) Nach einer Stefani-Medung soll ...

Italien unter dem Faschistenterror.

Ravenna, 28. Juli. (WZB.) Infolge energischer Anordnungen ...

Klaunen wurde am 28. Juli von der Regierung der Vereinigten ...

Was wird denn die Folge dieser neuen Parteistiftung sein? ...

zu einer Gemeinschaft verantwortlicher Arbeit zusammengeführt werden sollen, um mit einer großen Mehrheit den Staat in seiner demokratisch-republikanischen Staatsform zu unterbauen und ihm tüchtige und sachkundige Personalkräfte für Regierung und Verwaltung zur Verfügung zu stellen? Wie aber denkt er sich das, wenn die Sozialdemokratie nicht mitmacht? Er schreibt zwar, daß die Entwidlung der Linksparteien und die der Volkspartei der Beweis sei für die Bereitwilligkeit zur Übernahme der Verantwortung bei den linken Parteien. Wenn das zutrifft, weshalb weigert man sich dann, die Unabhängigen in die Regierung aufzunehmen? Weshalb geht man denn nicht den Weg der bisherigen Koalition im Reiche weiter und zieht die Unabhängigen in sie mit ein? Wohl war es bisher schwer, mit dieser Koalition zu arbeiten, aber was diese „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ bringen wird, weiß noch niemand; sicher ist nur eins: heftige Kämpfe gegen links. Darüber werden sich auch die Konjunkturpolitiker des Reichstags nicht im unklaren sein. Was soll denn geschehen, wenn die Sozialdemokratie ganz mit Recht sagt: Wir spielen das törichte Spiel nicht mit? Was dann? Dann Listenverbindung mit der Volkspartei im Wahlkampf? Dann mag die Reichstagsfraktion den Wahlkampf allein führen! Sie wird wenig Demokraten finden, die ihr auf diesem Wege folgen; denn es ist nicht jedermanns Geschmack, sich von der Volkspartei mit Schmutz bewerfen zu lassen und dann hinterher mit ihr den Wahlkampf auszufechten. Dafür danken wir mit aller Deutlichkeit. Bisher redete man so gern vom Jungsein an der Wage, das die Demokraten seien. Ist es schon an sich töricht, so etwas zu sagen, denn das Jungsein an der Wage ist nichts anderes als ein willenloses Werkzeug der jeweilig schwer beladenen Schale, in diesem Falle der am stärksten wirkenden Partei, so wird in der neuen Konstellation dieses Jungsein erst recht hin und her flackern, und bald wird's heißen: Flackerpartei. Nein, es ist keine Verdrehung, wenn man sagt, daß in diesem Schritte zur Arbeitsgemeinschaft der Mitte der erste Schritt zum Bürgerblock getan wird. Die Folgen müssen für unser ganzes innerpolitisches Leben verheerend werden. Denn nun werden die beiden großen Gruppen, um deren Veröhnung sich namentlich Rumann so sehr bemühte, in härtestem Kampfe gegenüberstehen. Hat denn die Koalition zwischen den Regierungsparteien in Preußen in irgendeiner Weise dazu beigetragen, die Anhänger der Volkspartei im Lande einer Veröhnung der Gegenläge geneigt zu machen? Die in Preußen bestehende Arbeitsgemeinschaft mit der Volkspartei ist eine solche der Spitze geblieben. Im Lande kümmert man sich nicht im geringsten um sie, sondern hämmert hübsch auf die Demokraten herum, als ob sie die größten Gegner seien. Solange nicht der Koalitionsgedanke von innen heraus wächst, kann bei der Volkspartei nicht die Rede sein von einer wirklichen allgemeinen Anteilnahme an solcher Koalition, da sie nicht republikanisch ist. Die Volkspartei ist weder ihrem Programm nach noch auch ihrer gesamten Auffassung nach für eine Koalition reif. Diese fehlerhafte Struktur aber haben die Arbeitsgemeinschaftspolitiker übersehen. Wir brauchen keine Spitzenkoalition, sondern eine solche, die aus der im großen und ganzen einheitlichen Begründung sich ergibt. Wenn die Demokratie jetzt nicht zu Entschiedenheit sich bekennt, dann ist sie gesunken. Die von Petersen und Koch gemachte Arbeitsgemeinschaft machen wir nicht mit, weil sie dem inneren Wesen der Demokratie widerspricht.

Die „Bauernschaft“ des Kreises Rottbus.

Es gibt noch Männer im Lande, die nicht gewillt sind, sich zu beugen. Zu ihnen gehören die Bauern des Kreises Rottbus. Sie scheinen kürzlich zu einem Schlachtfest mit nachfolgendem Schnapsweintrennen beisammen gewesen zu sein. Haben sie doch, wie wir der „Freizeitzeitung“ für die Ost-Prignitz entnehmen, feierlich geschworen, „daß unser zu friedlicher Arbeit bestimmtes Handwerkzeug — wenn es sein muß — nicht die schlechteste Waffe ist, um unsere freien Bürgerrechte, wo es auch immer sei, gegen Vergewaltigungen zu schützen.“ Die Bauern des Kreises Rottbus drohen: „Herr Reichstanzler, bedenken Sie, daß die Machtverhältnisse Berlins nicht für das ganze Deutsche Reich gelten!“ Die Bauern haben dann beim letzten Schnaps den Schlußsatz ihres offenen Briefes an den Kanzler formuliert. Er lautet dahin, daß sie für ihre Freiheit zu kämpfen bereit seien, wenn es sein müßte, sogar bis zum Tode. Wir sind der Auffassung, daß das durchaus ernst gesprochen war. Jene Bauern werden gern zum blutigen Streit nach Berlin ziehen, wenn es ihre Frauen erlauben. Nach lieber aber werden sie, dessen sind wir sicher, die Republik dadurch bekämpfen, daß sie den Butterpreis weiter höher schrauben. Die Leute brauchen doch für ihre schnapsbegeisterten Versammlungen viel Geld. Die Sache hat aber auch ihre ernste Seite. Wer sind die Drahtzieher, die jene Landbundesorganisation im Kreise Rottbus zur Knüttelrevolution aufrufen? Vielleicht kümmert sich die Regierung einmal um diese Frage.

Bayerischer Separatismus.

Unser Parteiblatt, die „Frank. Tagespost“, erfährt, daß die Bürgermeister der Oberpfalz zum Regierungspräsidenten nach Regensburg berufen wurden, um ihre Meinung über die Folgen einer Abtrennung Bayerns vom Reiche zum Ausdruck zu bringen. Diese Nachricht unseres Parteiblattes wird von der „Börsen-Zeitung“ in Zweifel gezogen. Wir sehen dennoch keinen Zweifel in jene Mitteilung. Wir wissen, daß vor etwa 14 Tagen ein Mitglied des Kabinetts Verchenfeld beim Bürgermeister einer der größten bayerischen Städte vor sprach und ihm erzählte, daß er den Besuch eines angesehenen Mannes erhalten habe, der ihn über die wirtschaftlichen Wirkungen einer Abtrennung Bayerns vom Reich befragt habe. Der Minister wollte von dem Bürgermeister erfahren, was er in diesem Fall geantwortet hätte. Dieses Gespräch endete damit, daß der Bürgermeister meinte: „Ich hätte den Mann hinausgeworfen und damit die Diskussion erledigt.“

Auch nordbayerische Industrielle wurden von leitender Münchener Seite befragt, welche Wirkungen auf die Industrie eine für einige Zeit eintretende wirtschaftliche Selbständigmachung Bayerns zur Folge hätte! Im Zusammenhang damit sei erinnert an die in der bayerischen Parteipresse veröffentlichte Äußerung eines bayerisch-volksparteilichen Abgeordneten, der sich ironisch über die Bemühungen der Reichsregierung, das Gesetz zum Schutz der Republik den Wünschen der bayerischen Regierung anzupassen, aussprach, indem er sagte: Man sollte doch in Berlin wissen, daß die maßgebenden Kreise in Bayern, die den Gegensatz zum Reich pflegen, von Berlin aus nicht zufriedengestellt werden wollen, weil das Ziel der bayerischen Politik in letzter Linie doch die Selbständigmachung Bayerns unter Eingliederung Tirols ist.

Die Stimmung in München.

München, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Während die großen Münchener Blätter sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, hebt die Provinzpresse gegen das Reich mit einer Schärfe und Struppellosigkeit, daß man an einer vernünftigen Lösung der zerfahrenen politischen Lage verzweifeln könnte. Das „Neue Münchener Tageblatt“ veröffentlicht bereits eine Uebersichtsskizze des rechtserheulichen Bayern, um seinen Lesern einen Ueberblick über den künftigen Kriegsschauplatz zu geben, und das „Ingostädter Tageblatt“ ergeht sich in ausführlichen Gedankengängen über die wirtschaftliche Selbständigmachung Bayerns. England, Frankreich und Belgien würden sich darum streiten, Bayern Kohle zu liefern, und Kasi beziehe man aus Lothringen. Die „Münchener Post“ weist auf die Gefährlichkeit dieser antideutschen Propaganda hin und stellt fest: Es haben tatsächlich bereits früher Verhandlungen stattgefunden über event. Lieferung von Kohlen und Kasi durch Frankreich. Es bestand der Plan, mit einem Abgesehen des Bayerischen Bauernbundes über die in Aussicht gestellten Lieferungen Frankreich zu verhandeln.

Die „Münchener Post“ erinnert außerdem an einen Bericht des Vorsitzenden des bayerischen Ordnungsbundes vom 3. November 1921, in dem es heißt: Tatsächlich hat seit geraumer Zeit inoffizielle Verhandlungen mit französischen Vertretern im Gange. Gleichzeitig bespricht man sich mit Tirol und Salzburg, um durch den Anschluß dieser Länder an Bayern einen sowohl militärischen wie wirtschaftlichen Machtzuwachs zu erzielen.

Diese gefährliche Zuspitzung der politischen Lage wird außerordentlich verschärft durch die Hebrden des Innenministers Dr. Schwegler. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins München veröffentlicht heute einen Protest gegen die wahrheitswidrigen Behauptungen des Ministers über die Abwehrmaßnahmen der Sozialdemokratischen Partei gegen die nationalisistische Demonstration am 28. Juni. Darin heißt es: Die Unrichtigkeit der Behauptungen des Ministers kann jederzeit durch den Eid von Zeugen erhärtet werden. Die Vorstandschaft verlangt neuerdings, daß die Behörden endlich die Anklage erheben, damit alles, was mit dieser Angelegenheit zusammenhängt, durch Zeugeneid aufgeklärt werden kann. Mit einem Gefühl von Ekel und Verachtung weist die Vorstandschaft die in dieser Darstellung enthaltenen widrigen und unwahren Angriffe zurück.

Die bayerische Regierung hält die Zeit für gekommen, ein eigenes Landespolizeigesetz zu erlassen, in dem die Rolle der bayerischen Sippe gegen „das waffengeübte Verbrechertum der Jetztzeit“ und deren Bewahrung vor „partei politischen Einflüssen“ besonders betont wird. Diese neue landesgesetzliche Institution soll nach den Grundrissen strenger Gehorsamspflicht ausgebildet und nur aus „ordnungsliebenden“ Elementen ergänzt werden.

Volkspartei und bayerische Frage.

Der offizielle Pressedienst der Deutschen Volkspartei bringt in seiner soeben erschienenen Nummer vom 28. Juli eine feierliche Stellungnahme zu dem Streit, den Bayern gegen das Reich führt. Es heißt da u. a.:

Der Brief, mit dem sich der Reichspräsident Ebert an den bayerischen Ministerpräsidenten gewandt hat, ist ein Beweis dafür, daß die Reichsregierung es vermeiden will, einen offenen Konfliktfall zu schaffen, dessen Beilegung naturgemäß auf Schwierigkeiten stoßen muß. Wir hoffen, daß man in Bayern dieses Bestreben zu würdigen weiß. Gelingt dies, so wird sich ohne ernsthafte Schwierigkeit ein Weg finden, auf dem die Reichsregierung dem bayerischen Wunsch nach Wahrung der Landesjustiz und Landespolizeihohheit soweit entgegenkommen kann, wie es sich mit der Autorität der Reichsgesetzgebung verträgt.

Eine andere Stellung als die in vorstehenden Sätzen ausgedrückte ist für die Volkspartei ja auch kaum möglich, hat sie doch selbst den Befehlen zum Schutze der Republik zugestimmt.

Bayerischer Ministerrat zum Reichspräsidenten-Brief.

München, den 29. Juli. (N.N.) Der Brief des Reichspräsidenten Ebert wird den Ministerrat und die Regierungsparteien am Montag beschäftigt, da gestern mehrere maßgebende Führer der Bayerischen Volkspartei nicht in München anwesend waren. Aus den Kreisen der Bayerischen Volkspartei kommen Stimmen, wonach die Versicherung des Reichspräsidenten, daß keine Beeinträchtigung der bayerischen Hoheitsrechte beabsichtigt sei, nicht genüge. Es müßten vielmehr stärkere Garantien geschaffen werden.

Ein Zeitungsverbot in Nürnberg.

Nürnberg, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das hiesige Organ der Unabhängigen, „Der Sozialdemokrat“, ist heute wegen eines Artikels in seiner gestrigen Ausgabe „Die schleichende Krise“ für acht Tage verboten worden. Das Verbot ist von der bayerischen Regierung auf Grund ihrer von der Reichsregierung für ungültig erklärten Verordnung vom 24. Juli erfolgt.

Ein unabhängiger Bürgermeister. Dem Bernharden nach ist, wie die „Kölnische Ztg.“ meldet, in Ohligs der unabhängige Gewerkschaftssekretär Sauerbroy als Bürgermeister von Ohligs vom Minister des Innern Seering bestätigt worden.

Deutschland und Polen. Der Sejm hat die Befehlsbefugnisse, betreffend das deutsch-polnische Abkommen über die Erleichterungen im Grenzverkehr in allen Lesungen angenommen.

Ein Franzose über die Schuld am Weltkrieg.

Die Haltung der französischen Politik stellt gegenwärtig den Angelpunkt dar, um den sich die Weltlage zum Besseren oder zum noch Schlechteren drehen wird. Es ist daher von höchster Wichtigkeit zu erfahren, welche Stellung das französische Volk zu den brennenden Fragen nimmt, die uns alle bewegen. Wertvolle Beiträge zu dieser Erkenntnis bringt das neueste Heft der im Verlage von Carl Heymann erscheinenden „Zeitschrift für Politik“, in dem sich einer der bedeutendsten französischen Geschichtsschreiber, Charles Seignobos, mit der öffentlichen Meinung Frankreichs beschäftigt. So stark er die Gegensätze zwischen der deutschen und der französischen Auffassung betont, so hebt er doch hervor, daß die heutige Kammer, die nach einem Minoritätsprinzip gewählt worden ist, nicht die öffentliche Meinung der Masse der Franzosen darstellt. Aber wenn auch die Befragung des einseitigen Nationalismus und Militarismus der Allgemeinheit der Franzosen fernliegt, so gibt es doch bisher nur wenige unter ihnen, die eine Verständigung leidenschaftlich bestritten. Ein Wortkämpfer dieser Ideen ist der frühere französische Frontoffizier Fernand Gouttenoire de Lourn, der beherzigenswerte Worte über die „Schuld am Kriege“ spricht.

In der ersten Reihe der Lügen und Mißverständnisse, die die Völker voneinander fernhalten, steht die Frage nach der Kriegsschuld, die durch das Gewalturteil von Versailles, eigentlich erst aufgerollt worden ist. „Die Verurteilung Deutschlands wurde ohne Untersuchung, ohne Zeugen, ohne Öffnung der Archive und Dokumente vollzogen“, schreibt der Franzose. „Die deutschen Bevollmächtigten, die wußten, daß die Frage nach der Schuld am Kriege erhoben werden würde, waren mit einem Aktenschloß nach Versailles gekommen in der Absicht, ihre Sache zu vertreten, wie es bei allen Prozessen üblich ist, aber es wurde ihnen unterjocht, diesen Aktenschloß zu öffnen: die Verurteilung war im voraus erfolgt! Unter der Drohung der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, als Deutschland seine Waffen abgegeben hatte, als die verbündeten Heere den Rhein besetzt hatten, waren die deutschen Bevollmächtigten gezwungen, den Artikel 231 des Vertrages zu unterzeichnen, in dem die Alleinschuld Deutschlands und seiner Verbündeten am Kriegsausbruch zugegeben wird. Indem die Vertragsunterhändler dem besiegten und entworfenen Feinde die Bosheit des Artikels 231, das Geständnis der Schuld am Kriege auferlegten, haben sie an Ungerechtigkeit und Gewalt die Verträge aller Zeiten übertriften: jene bedrückten den Besiegten mit materieller Gewalt, aber sie brachen nicht in das unzerstörliche Gebiet des Gewissens ein. Ja, wahrhaftig, die Aufreißung dieses Artikels 231 muß zu den größten Verbrechen aller Zeiten gezählt werden.“

Der Verfasser zitiert dann den hervorragenden Nationalökonom Charles Gide, der sich in dem Vorwort zu Gouttenoires Buch „Saurès und die Kriegspartei“ folgendermaßen

darüber ausgesprochen hat: „Der Artikel 231 läßt das Vorgehen des Mittelalters wieder aufleben, das zur Verurteilung des Schuldigen verlangte, daß ihm das Geständnis vorher abgepreßt worden sei, und indem die Verpflüchtung zur Wiedergutmachung an dieses Geständnis geknüpft wird, das Deutschland selber für eine ihm aufgebrachte Lüge hält, wird für Deutschland die Tilgung seiner Schuld zur Unehre.“ Der Verfasser fordert dann weiter, daß die Schuldfrage vor einem internationalen Gerichtshof untersucht werde, wobei alle Teile gehört und alle notwendigen Zeugen sowie alle Archive herangezogen werden müssen: „Solange in Frankreich die Wäcker des Vericoges von Versailles, der nationale Stolz und ein großer von der Presse getäuselter Volksteil fortwähren, auf Deutschland und seine Verbündeten alle Schuld am Kriege zu schieben“, sagt er weiter, „so lange rufen in Deutschland die Alldeutschen, die Reaktionenäre und ebenfalls ein großer Volksteil die absolute Unschuld Deutschlands aus und die Schuld der Entente. Auf der einen Seite wie auf der anderen wird diese Anklage als eins der besten Argumente von denen gebraucht, die den Haß predigen und die Völker gegeneinander auch weiter aufheizen wollen, um sie bei erster Gelegenheit obn neuem in den Krieg zu schleifen. Diese Frage der Schuld am Kriege ist also der gefährlichste Zündstoff. Das haben die Männer guten Willens in allen Ländern erkannt. Diese wissen wohl, daß die Schuld am Kriege alle kapitalistischen Regierungen trifft, die, in den Händen mächtiger Finanzkonzerne, sich um die Reichtümer der Welt in den Haaren logen und ständig diplomatische und bewaffnete Konflikte vorbereiteten. Die bis heute bekanntgewordenen Dokumente beweisen das schon zur Genüge.“

Verbessertes Heilverfahren bei Furunkulose. Eines der verbreitetsten Leiden der Nachkriegszeit ist die Furunkulose. An dem liberale zahlreichen Auftreten von Furunkeln und Karbunkeln, wie wir es heutzutage überall beobachten können und wie man es vor dem Kriege nicht im gleichen Maße konnte, trägt, wie leicht begreiflich, der Krieg mit seiner Unterernährung und der dadurch bedingten schlechteren Zusammensetzung des Blutes die Hauptschuld. Die Furunkel werden im allgemeinen leicht genommen — und doch hat schon manchmal ein kleines Karbunkel den Tod des Patienten verursacht. Zumeist ist der tödliche Ausgang eines Furunkulose darauf zurückzuführen, daß der Patient auf die verderblichen Ratschläge irgendeines Quacksalters gehört hat, statt sich gleich an einen Arzt zu wenden. Bei ärztlicher Behandlung wird auch bei den schwersten Fällen ein tödlicher Ausgang vermieden. In neuester Zeit wird von ärztlicher Seite als Heilmittel hauptsächlich die Vereisung angewandt, während früher täglich einmal dreimal hintereinander in Pausen von je einer Minute vorgenommen, dann wird ein Salbenlappen aufgelegt, der mit einer Vinde festgehalten wird. Die Umgebung des infizierten Gebietes muß während der Vereisung geschützt werden, etwa durch einen

Battefranz. An dem schnellen oder langsameren Eintritt der Vereisung läßt sich der Grad der Infektion erkennen. Untersuchungen haben ergeben, daß die Abkühlung in den Geweben nach der Vereisung zwar nicht so hochgradig ist, doch etwa Bakterien zur Abtötung gelangen; dagegen ist die günstige Wirkung, die das Verfahren auf das infizierte Gewebe ausübt, vornehmlich auf der starken Blutzufuhr zurückzuführen, der jedesmal nach dem Auftauen der Gewebe eintritt. Als Vorzug der Vereisungsmethode ist die Einfachheit herauszuheben, da die Vereisung ohne Karöse ausgeführt werden kann. Sie ist meist schmerzlos; bei überempfindlichen Patienten kann durch eine vorübergehende Morphininjektion Schmerzlosigkeit erzielt werden. Dazu kommt die Raschheit der Heilung, wie sie sonst kaum von anderen Heilmethoden erzielt wird. Schließlich ist es der größte Vorzug des Vereisungsverfahrens, daß keinerlei sichtbare Folgen zurückbleiben. Während jeder Einschnitt in ein infiziertes Gewebe mit Sicherheit eine entzündende Narbe verursacht, läßt die Vereisung ein Furunkel oder Karbunkel bis zur völligen Unsichtbarkeit verheilen.

Die Not der Schweizer Schriftsteller. Der Schweizer Roman- und Dramatiker A. C. Heer verläßt in seinen alten Tagen die Schweiz, da es ihm die Verhältnisse nicht mehr gestatten, in seiner Heimat zu bleiben. Er wird nach Deutschland übersteden. Für alle Schweizer Schriftsteller, die auf die Erträge ihrer literarischen Tätigkeit angewiesen sind, wirkt das fortwährende Sinken der Mark katastrophal; der schweizerische Schriftsteller muß sich nach immer auf den weiteren Altritus des Reiches und auf das großzügige deutsche Verlagswesen stützen, wenn er mit seinem Werke Beachtung und Bedeutung finden will. Wohl unterstützt die Werbetätigkeit des schweizerischen Schriftstellervereins eine große Reihe von Schweizer Schriftstellern, aber bei steigender Inanspruchnahme deren Mittel bald erschöpft sein, wenn nicht die Deffentlichkeit den Fonds wieder auffüllt.

Erstantführungen der Woche. Dienstag Volksbühne: „Die Ballare“. — Amalthea: „Die ewig lächelnde Frau“. — Theater des Westens: „Heimliche Braut“.

Krania-Vorträge. Sonn.: „Abkling am Kaiser“. Mont.: „Türken“. Dienst.: „Schwarzwalder“. Mittw. und Donn.: „Einkeimling“. Freit.: „Die materische Welt“. Sonn.: „Das schone Schwabenland“.

Goethes „Faust“ II. im Garzer Veratheater. Ein interessantes Experiment hielt den Literaturfreunden im Sommer dieses Jahres besond. Die Direktion des Garzer Veratheaters wird den II. Teil von Goethes „Faust“, in der Dunkelheit mit Fackelbeleuchtung auf der klassischen Balustrade des Festanzplatzes im August aufzuführen.

Der dritte Internationale Kongreß für moralische Erziehung wurde am Freitag in Genf in Anwesenheit von über 400 Teilnehmern eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Adol Perrière gewählt. In der ersten Vollversammlung erbat Prof. Roeder Bericht über den Wert der Geschichte in der moralischen und sozialen Erziehung.

Ungland kehrt zum Markt zurück. Genau 8 Jahre nach dem bei Kriegsausbruch erlassenen Alkoholverbot wird der Markt in Ungland wieder eröffnet. Am 1. August wird die Vereisung erheben, die den Verkauf von Bunt freibt. Der gefällig vorgeschriebene Alkoholgehalt, der vor dem Kriege 40%, betrug, ist nach der neuen Vereisung auf 37% herabgesetzt. Herstellung und Verkauf müssen als Monopol dem Staat vorbehalten. — Eine Ironie der Weltgeschichte!

Hinter den Kulissen.

Sie Wulle! Sie Sonntag!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der Kampf im Lager der Deutschnationalen und im Hause des Herrn Wulle nimmt tragikomische Formen an. Teils sucht man sich wieder anzufreunden, teils verschärfen sich die Gegensätze. Sonntag, der frühere „Hauptredakteur“ des „Deutschen Abendblattes“ und jetzige Redaktionsdirektor und Geschäftsvorsteher Wulle will sich von seinem Herrn und Gebieter trennen, vielleicht nicht ganz freiwillig, und belanntlich mit „seinen“ Getreuen, zu denen in erster Linie sein Animus Ludendorff, v. Dewitz, Stettin und v. Brochhausen gehören, „selbständig machen“ und neben der Freiheitspartei „i. G.“ natürlich auch ein — Partei-Blatt gründen. Ob aus politischen Gründen oder um dem nur nach Bedarf erscheinenden „Deutschen Abendblatt“ den Rang abzulaufen, muß die Zeit lehren. Für eine Zeitungsgründung ist natürlich in erster Linie Geld erforderlich, und Sonntag ist daher auf der Suche. Selbst bei Juden, Geld stinkt ja nicht. Vielleicht ist ihm in dieser Beziehung auch das Glück so hold wie Wulle, dem über die Bäckische Bank mit Orgesch Millionen der Weg gebnet wurde. Als diese nicht hinreichten, sprangen einige polnische Oberbänken, u. a. ein bekannter Berliner Pianofortefabrikant, ein Kriegsgewinnlerischer Holzgroßhändler und der Münchener „nationale“ Geldmann Dr. Pittinger ein. Selbst ungewisse Kronen verschmähte Wulle nicht, die ihm auf der Reise durch das schöne Land von dortigen „Befinnungsfreunden“ in die schmach gewordene Briefkassette gesteckt wurden. Trotz alledem sitzt Wulle bei der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“ mit nahezu anderhalb Millionen fest, so daß ihm der Druck gesperrt wurde und man seine brackliegende Redaktion auf die Straße setzen will. Alle können ihren Verlust verschmerzen. Leidtragende sind vorerst die in echt deutschnationaler und völkischer Art im wahren Sinne des Wortes für Hungerlöhne arbeitenden Angestellten, Redakteure sowohl als kaufmännische Beamte — Tarife kennt man nicht —, die man sich jetzt mit dem Trost auf bessere Zeiten einfach abwimmeln möchte.

Das Hakenkreuz am Badestrand.

Unmittelbar nach der Revolution wurde — nicht ohne Hilfe der dort stationierten Marineabteilung — die Nordseeinsel Vorkum das Paradies aller Antisemitismen. Wer erinnert sich nicht all der wüsten Ausschreitungen, der Beschimpfungen der Republik und ihrer Führer, an denen sich die „lieben Bauern“ unter Führung ihrer Offiziere kräftig beteiligten, und die dann schließlich zur Amtsenthebung eines Offiziers führten. Das Bad Vorkum als solches hat aber auf Grund dieser Kuppelien offenbar einen Aufschwung erlebt, der am Ostseestrand einigen Reiz erweckte. Flugs wurde ein Verein gegründet, der es sich zur Aufgabe machte, das Bad Zinnowitz zum „Vorkum der Ostsee“ zu machen. Wie es scheint, hat dieses Bemühen guten Erfolg gehabt. Heute wehen am Strand von Zinnowitz über den Strandkörben der Gulschbarone und anderer ehrenwerten Mitglieder der weitverzweigten Schieberfamilie wohl an die 2000 schwarzweißrote Flaggen, zwei Dutzend große Hakenkreuzfähnen, aber weit und breit ist keine schwarzrotgoldene Fahne zu sehen. Zum Ueberflus haben noch diverse Pensionen ihre Kellnerschüler sinnreich mit großen Hakenkreuzen verziert. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß neben dieser deutsch-monarchistisch-antisemitischen Flaggendemonstration auch andere Mittel angewendet werden, um für Wilhelm und die Mörderorganisationen Propaganda zu machen. Auf sogenannten „Kinderfesten“ werden ununterbrochen „patriotische“ Lieder gespielt und von groß und klein mitgegeben. Große Reden werden geschwungen, und nichts wird unterlassen, um die Kinder davon zu überzeugen, daß das „alte Germanentum“ die einzige Rettung für Deutschland ist.

Ohne Zweifel herrschen auch in anderen Badeorten ähnlich skandalöse Zustände. Gibt es kein Mittel, diesen gefährlichen Provokationen ein Ende zu bereiten? Muß sich die Republik diese offenkundigen Verhöhnungen auch jetzt noch gefallen lassen? Kann man nicht wenigstens die Badeverwaltungen, die meist Besitzer der Badeanstalten sind, dazu zwingen, auf diesen Anstalten die Flagge der Republik zu hissen?

Das Korps-Studententum und der Beamtennachwuchs.

Ein westdeutscher Staatsanwalt hat an die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgenden Brief gerichtet:

„Angehts der fortgesetzten Attentate und der systematischen Hege gegen die deutsche Republik und deren Führer darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen Punkt hinlenken, der bisher weder in den Tagesblättern, noch in den Parlamenten als Gefahr gegen die Republik erkannt und zur Sprache gekommen ist — auf das deutsche Korps-Studententum. Ausgehend von dem Gedanken, daß, wer die gebildete Jugend für sich hat, auch die zukünftigen geistigen Führer und Unterführer fest in der Hand hält, hat sich seit Beendigung des Krieges in den Verbindungen des Kölnener S.V. eine ungeheure Tätigkeit und Reorganisation in reaktionärem Geiste entfaltet. Aufgenommen werden grundsätzlich nur Söhne ehemaliger Angehöriger des Korps und ausnahmsweise solche Studenten, die von alten Herren als politisch einwandfrei empfohlen werden. Da die Mehrzahl der Studenten nicht in der Lage ist, die verhältnismäßig hohen Kosten des studentischen Verbindungslebens aufzubringen, werden sie seitens der alten Herrenverbände mit bedeutenden Geldmitteln unterstützt. Auf diese Weise wird es insbesondere den alten Beamten ermöglicht, ihre Söhne dem Korps-Studententum zuzuführen und sie in dem alten monarchistischen Geiste großzuziehen.“

Daß in den Korps nirgends auch nur ein Hauch republikanischen Geistes zu spüren ist, brauche ich nicht zu sagen, daß aber der reaktionäre Geist in den alten Herrenverbänden, die fast in jeder Stadt wöchentliche Zusammenkünfte abhalten, weiter gepflegt wird, daß bei diesen Zusammenkünften gegen die Republik und deren Führer geschimpft und Wiederherstellung der Monarchie gefordert wird, daß schließlich diese alten Korpsstudenten heat: noch, abgesehen von einigen demokratischen und sozialdemokratischen Konzeptionschülern, die wichtigsten Stellen in der Verwaltung, Justiz und bei den Universitätsbehörden innehaben, dürfte offenbar noch viel zu wenig bekannt sein. Hier darf Hebel demokratischer Reorganisationsbestrebungen ansetzen, liegt unbedingt im Sinne einer Kräftigung unserer jungen Republik.“

Kraffin bei Lloyd George.

London, 29. Juli. (W.T.W.) Kraffin, der vor einigen Tagen aus dem Haag in London eingetroffen ist, hatte gestern Abend eine Unterredung mit Lloyd George. Er fährt heute nach Russland ab. „Daily Chronicle“ schreibt, die Besprechung habe sich wahrscheinlich auf die Haltung der russischen Delegierten im Haag bezogen, und Kraffin, der die Auffassung der britischen Regierung über die Lage eingeholt habe, werde in Russland darüber berichten.

De Valera entflohen!

New York, 29. Juli. (W.T.W.) Man meldet aus irischen Kreisen, daß De Valera in einigen Tagen in New York eintreffen wird, wo er eine Agitation zugunsten der Anerkennung der irischen Republik in die Wege leiten will.

Das Märchen vom Lindenhof.

Unter der Überschrift „Eine seltsame Ehrung“ berichtet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und mit ihr in häßlicher Weise die Rechtspreffe, daß gelegentlich der Beeridigung des Ministers Rathenau von 150 Fürsorgezöglingen des Lindenhofes in Lichtenberg, die unter Aufsicht ihrer Lehrer und Erzieher an der Trauerfeier teilnahmen, 75 entflohen seien und sich in Berlin als Verbrecher umhertrieben. Trotz Mitteilung des Jugendamts, daß es sich nur um 3 Zöglinge handelte, von denen einer am gleichen Tage, die anderen beiden am nächsten Tage freiwillig zur Anstalt zurückgekehrt sind, hielten es diese Zeitungen nicht für nötig, eine entsprechende Berichtigung zu bringen. Es ist deshalb erforderlich, der Öffentlichkeit einmal vor Augen zu führen, in welcher gewissenloser und demagogischer Weise gegen Männer gekämpft wird, die sich opferwillig in den Dienst des Volkes stellen, aber nur deshalb als Feinde belumpft werden, weil sie Sozialisten sind. Es ist anzunehmen, daß hinter diesem Treiben Leute stehen, denen das segensreiche Wirken der jetzigen Anstaltsleitung ein Dorn im Auge ist und die nunmehr mit allen Mitteln versuchen, diese vor der Öffentlichkeit bloßzustellen und bei der vorgesetzten Behörde in Verfall zu bringen. Von einer Zeitung, die ernst genommen werden möchte, hätte man wenigstens erwarten dürfen, daß sie sich von der Richtigkeit ihrer Mitteilungen bei der allein maßgebenden Stelle im Lindenhof die Bestätigung ihrer Angaben eingeholt hätte; das ist aber nicht geschehen. Die Tatsache, daß es sich bei dem Leiter der Anstalt um einen Sozialdemokraten handelt, genügt diesen Demagogen, die tollsten Märchen für ernst zu nehmen und dem Volke ein Schreckgespenst vorzugeben, das in Wirklichkeit nur in den Köpfen dieser Leute spukt. Trotzdem jeden zweiten Sonntag hunderte bis hundertfünfzig Zöglinge heurlaut werden, von denen selten einer nicht zur Anstalt zurückkehrt, glaubt man aus dem vorstehenden Falle, weiß es sich um die Ehrung eines von deutschnationalen Mördern zur Strecke gebrachten republikanischen Ministers handelt, Kapital schlagen zu müssen. Solange der Lindenhof besteht, sind dank der vortrefflichen humanen und menschlichen Behandlung der Zöglinge außerordentlich wenige Fluchtversuche unternommen worden. Allerdings werden die Zöglinge des Lindenhofs von ihrem Leiter und ihren Lehrern und Erziehern nicht als Verbrecher angesehen und mit der Kaule behandelt, wie dies in der Vergangenheit üblich gewesen war. Am besten kann ein persönlicher Besuch dieses Fürsorgeheims davon überzeugen, wie eine Kindesseele zu behandeln ist, die unter der Ungunst der Verhältnisse und infolge ererbter Gebrechen gestraucht ist. Die glänzenden Augen dieser Kinder, der fröhliche Gesang bei ihrer Tätigkeit, der ungewundene und doch respektvolle Verkehr mit den Lehrern und Erziehern zeugt davon, daß diese angeblichen Verbrecher hier ein Heim gefunden haben, wo sie sich wohl fühlen und aus dem sie als nützliche Glieder der Gesellschaft wieder entlassen werden.

Wenn man gerade in jenen Kreisen soviel von christlicher Liebe redet, dann sollte man sich wohl hüten, diejenigen Männer anzugreifen und in der Öffentlichkeit herabzusetzen, die in selbstloser Opferwilligkeit tagaus tagein alles daran setzen, die Sünden wieder gutzumachen, die die Gesellschaft an diesen Kindern verschuldet hat. Es ist dringend erforderlich, daß sich unsere Stadtverordnetenfraktion einmal energisch mit den reaktionären Treibern gegen den Lindenhof näher befaßt.

Die Berliner Friedensdemonstration.

Die anlässlich der achten Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruchs vom Aktionsausschuss „Nie wieder Krieg“ und dreißig Verbänden einberufenen Friedensdemonstrationen „Nie wieder Krieg“ finden in Berlin am morgigen Sonntag, den 30. Juli, mittags pünktlich 12 Uhr, im Lustgarten und auf dem Schlossplatz vor dem Reichstag statt.

Der Aufmarsch zur Kundgebung erfolgt mit Kapellen des Deutschen Musikerverbandes von 11 verschiedenen Plätzen aus.

1. Weberwiese: 11 Uhr.
 2. Humboldtshain (Spielwiese): 11 Uhr.
 3. Kleiner Tiergarten (Roabit): 10 Uhr.
 4. Hermannplatz: 10 Uhr.
 5. Am Rnie: 9 1/2 Uhr.
 6. Wittendbergplatz: 10 Uhr.
 7. Steglitz (Markt): 9 1/2 Uhr.
 8. Schöneberg (Kaiser-Wilhelm-Platz): 10 Uhr.
 9. Belle-Alliance-Platz: 10 1/2 Uhr.
 10. Mariannenplatz: 10 Uhr.
- Friedrichshain (Königsstr.): 10 1/2 Uhr.

Das Programm der Kundgebung bringt im musikalischen Rahmen den Vortrag eines Prologs durch 15 Berliner Schauspieler und die Referate von 30 pazifistischen Rednern.

Eine rühmliche Ausnahme.

Wenn Autos jemanden überfahren, pflegen sie sich sehr oft der Verantwortung durch die Flucht zu entziehen. Eine rühmliche Ausnahme wird von einem Auto berichtet, das auf der Chaussee Grünau-Adershof ein sechsjähriges Mädchen anfuhr. Das Kind, das einen Beinbruch erlitt, ist nach der Angabe von Zuschauern, als es einem Radfahrer ausweichen wollte, direkt in das Auto hineingelassen. Der Inhaber des Autos, ein Berliner Fabrikant, fuhr das Kind in seinem Auto nach dem Kreiskrankenhaus in Köpenick und hinterlegte hier, obwohl den Chauffeur nicht die geringste Schuld trifft, 2700 M. für die Behandlung und Pflege des Kindes.

Kleingärten oder Spielplätze?

Der Magistrat von Berlin hat, wie wir am 12. d. Mts. in Nr. 324 des „Vorwärts“ mitteilten, unterm 7. Juli an das Preussische Sozialministerium das Eruchen gestellt, alle nur vorhandenen brachliegenden Ländereien für die Volksernährung durch Schaffung von Kleingartenkolonien auszukultivieren. Wie ist mit diesem Schreiben ein im Bezirk 12 (Steglitz-Lichterfelde) aufgetauchtes und von der zuständigen Bezirksverordnetenversammlung genehmigtes Projekt in Einklang zu bringen, nach dem zwei, unter Umständen auch vier blühende Laubentkolonien in der Richard-Wagner-Straße (Lichterfelde) einem Spiel- und Sportplatz zum Opfer fallen sollen? Gegen 150 Familien mit rund 600 Köpfen, die den größten Teil ihres Bedarfes an Gemüse und Kleinvieh auf diesen Ländereien ziehen, würde diese Maßnahme auf das härteste treffen. Wie bisher in dieser Angelegenheit zur Rettung der Kolonie ergriffenen Maßnahmen sind wirkungslos gewesen. Im Gegenteil ist von einem mahabenden Herrn versichert worden, daß der aufgestellte Plan auf jeden Fall verwirklicht werde. Es ist noch zu erwähnen, daß auch die Jugend- und Sportvereine es ablehnen, einen Platz zu benutzen, wenn die Interessen der Kleingärtner geschädigt würden. Bei dieser Gelegenheit soll auch noch auf die Schwierigkeiten hingewiesen werden, neues Land für die notleidende Bevölkerung im Wege der Zwangsverpachtung zu erwerben. Ein im November v. J. (III) gestelltes Gesuch, ein Gelände von 2 1/2 Hektar, welches gegenwärtig von einem Pächter bewirtschaftet wird, im Interesse der Volksernährung als Kleingärten aufzuteilen, ist infolge des unzureichenden Arbeitens der zuständigen Be-

hörde noch nicht erledigt! Was nützen alle gutgemeinten Verfügungen und Entschlüsse, auch des Wohlfahrtsministers, wenn andere Stellen in Verkennung der gegenwärtig bestehenden Not die Sachlage, wie es so schön heißt, „von einer höheren Warte“ betrachten und die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen für so wichtig halten, daß Millionen wert, die doch in den Kolonien siedeln, zugrunde gehen können, wenn ferner die in Betracht kommenden Behörden die gestellten Aufträge auf Zwangsverpachtung monatelang, und scheinbar ohne Interesse bearbeiten und nicht daran denken, daß jeder Tag der Versäumnis der Bevölkerung, die lehrnützlich auf Zuteilung von Land wartet, großen Schaden zufügt.

Der Kronprinzliche Harem.

Die unverständliche Justiz.

Im vorigen Jahre wurde der frühere Sekretär des „Frankfurter Volksfreund“, Genosse Lehmann, wegen Beleidigung des Offizierkorps vom Landgericht in Frankfurt a. d. O. verurteilt. Er hatte in einem Artikel vom Kronprinzlichen Harem und von saufenden, fressenden und hurenden Offizieren in der Etappe gesprochen.

Das Urteil ist scharfzeit im „Vorwärts“ einer wohlverdienten Kritik unterzogen worden, in der u. a. gesagt wurde:

„Das Gericht hatte eine heilige Scheu, in die Beweisnahme einzutreten (vom Angeklagten waren etwa 20 Zeugen vorgeschlagen worden), die so ganz und gar nicht der Ansicht der Anklage entsprechen hätte, das Offizierkorps in Schutz zu nehmen. Es wußte sich zu helfen, indem es sämtliche vom Verteidiger gestellten Beweisangebote kurzerhand als wahr unterstellte.“ Die Folge der Besprechung im „Vorwärts“ war eine Berichtigung des Landgerichtspräsidenten von Frankfurt, der erklärte, daß das Gericht keine Scheu vor der Beweisnahme gehabt habe, diese sei ihm auch nicht peinlich gewesen. „Es kam in diesem Prozeß nicht darauf an, was von den unter Beweis gestellten Tatsachen richtig oder unrichtig war, denn nur drei Offiziere hatten Strafantrag gestellt, und nur um die Beleidigung dieser drei Offiziere handelte es sich. Ob sich andere, z. B. der Kronprinz, im Krieg einwandfrei benommen hätten, sei für den Prozeß gleichgültig und nicht nachzuprüfen.“ Zu der Berichtigung wurde im „Vorwärts“ bemerkt, die Beweisführung des Herrn Landgerichtspräsidenten gebe von der tatsächlichen Voraussetzung aus, daß es sich bei dem Bezugsstand der Anklage um die Beleidigung dreier bestimmter Offiziere gehandelt hätte. Der Angeklagte hatte geschrieben, daß hinter der Front eine saufende und fressende Offiziersarmee geschwelet hätte. Er habe weder behauptet, daß sämtliche Offiziere geschwelet noch, daß gerade die drei sich speziell unter den Schwelgenden befänden hätten. Deshalb hätte das Gericht den Wachebeweis nicht auf die Person der drei Antragsteller beschränken dürfen. Denn damit wurde dem Angeklagten zugunsten, etwas ernst anders zu beweisen, als er tatsächlich behauptet hatte. Genosse Lehmann hat gegen das Urteil Revision eingeleitet, über die am Freitag vor dem Ferienstrafenrat des Kammergerichts verhandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision und der Senat des Kammergerichts folgte diesem Antrage, legte auch dem Angeklagten die Kosten des Prozesses zur Last.

Schade, daß dem Volk das Verhängnis für diese juristische Weisheit abgeht.

Ein belgisches Todesurteil.

Die beiden früheren Gardeoffiziere Freiherr von Gagern und Prinz von Stolberg-Wernigerode-Uslar sind von dem belgischen Gericht in Belgislandern in ihrer Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Die beiden Stappenhelden hatten gemeinsam, wie wir bereits mitteilten, den belgischen Baron D'Udekens d'Espy umgebracht. Das Motiv der Tat war gemeine Habgier, von Gagern wollte sich in den Besitz der ausgedehnten Güter des Barons setzen.

Der Diebediebstahl.

Auf früherer Tat wurde gestern Abend ein Zeitungsdrach dieb auf der Straße Friedrichsfelde-Biesdorf erwischt. Die Häufung der Diebstahlsfälle veranlaßte die Postverwaltung zu besonderen Maßnahmen. Es wurde auf den Straßen eine Pärmenvorrichtung angebracht, die den Ueberwachungsbeamten die „Arbeit“ der Diebe verrät. Die Beamten nennen ihn „Diebediebstahl“. Gestern Abend um 10 Uhr schlug der Dieb für die Straße Friedrichsfelde-Biesdorf an. Die Beamten suchten das Gelände ab und errieperten den Dieb an der Ecke der Berliner- und Viktoriastraße. Er wurde festgesetzt als ein 27 Jahre alter Klempner Alfred Bartel aus der Möllendorffstraße 77 zu Lichtenberg. Die abgehackten Drähte hatte er bei sich.

„Spezialisten für Geldscheine“. Von Eindringern heimgeführt wurde in vergangener Nacht die Gassantastin Hermsdorf. Die Verbrecher, Spezialisten für Geldscheine, ließen durch das Fenster ein, bohrten das Geldschloß an, sprangen es und erbeuteten 70 000 M. bares Geld.

Die Fußbodenfälle. Die Berliner Feuerwehr wurde nach der Kösliner Straße 18 alarmiert, wo am Freitagabend eine Frau Emma Knoll mit dem Fuße durch den verfaulten Fußboden gebrochen war und Teile der Decke dem Unterbewohner auf den Kopf zu stürzen drohten. Es gelang, die Frau vor dem Absturz zu retten.

Die einzige Tochter Friedrich Hebbels, Frau Christine Kahl, ist in Wien gestorben.

Riesenbrand in Konstantinopel. In den Vorstädten von Konstantinopel Halbar-Pasha ist eine ungeheure Feuersbrunst ausgebrochen. Es stehen bis jetzt über 250 Häuser in Flammen. Der Schaden beträgt bis zur gegenwärtigen Stunde bereits sechs Millionen Pfund Sterling.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, zeitweise heiter, aber noch überwiegend bewölkt bei ziemlich frischen westlichen bis nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vund religiöser Sozialisten Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. Wir ersuchen alle Angehörigen, sich an der „Nie wieder Krieg“-Demonstration am Sonntag, den 30. Juli, mittags 12 Uhr, im Lustgarten, nach Möglichkeit teilnehmen zu beteiligen. Der Vorstand.

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener, Gruppe Kordun 2, Demonstration „Nie wieder Krieg“, Sonntag, den 30. 7., 9 Uhr (mit). Versammlungspunkt Schönhauser Allee 28.

Theater der Woche.

Vom 30. Juli bis 6. August.

Volksbühne: M. H. Robert und Hertram. Vom 1. August, abends 6 1/2 Uhr, Die Wölfer. — Opernhaus: Die Fledermaus. — Schauspielhaus: Der Zigeunerbaron. Die beiden Königinnen. — Deutsches Theater: Die Fledermaus. — Komische Oper: Die Fledermaus. — Neues Theater: Die Fledermaus. — Theater an der Linienstraße: Die Fledermaus. — Theater an der Friedrichstraße: Die Fledermaus. — Theater an der Wilhelmstraße: Die Fledermaus. — Theater an der Spandauer Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Potsdamer Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Leipziger Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Hamburger Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Berliner Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Magdeburger Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Potsdamer Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Leipziger Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Hamburger Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Berliner Straße: Die Fledermaus. — Theater an der Magdeburger Straße: Die Fledermaus.

Gewerkschaftsbewegung

Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund.

Nach fast zweitägiger Debatte über die künftige Organisationsform beschloß der 12. Verbandstag des 150 000 Mitglieder zählenden Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten seinen Austritt aus der Reichspostgewerkschaft und dem Deutschen Beamtenbund.

Nachstehende Entschliessung gelangte einstimmig zur Annahme: „Der 12. Verbandstag stellt fest, daß die Geschlossenheit des Verbandes über alles geht, und daß alles vermieden werden muß, was diese Geschlossenheit gefährdet oder eine Zerreißung des Verbandes herbeiführen kann.“

Er erkennt in dem Deutschen Beamtenbund und der Reichspostgewerkschaft nicht mehr den geeigneten gewerkschaftlichen Zusammenschluß für breite Schichten der Beamenschaft.

Der Reichsverband erklärt deshalb seinen Austritt aus der Reichspostgewerkschaft und dem Deutschen Beamtenbund.

Der Reichsverband erstrebt die horizontale Zusammenfassung aller sozial gleichgerichteter Beamenschichten auf der Grundlage parteipolitischer Neutralität.

Der Beschluß ist von weittragender Bedeutung. Zu der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter kommt nun auch der Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten. Er spricht ebenfalls aus, daß der Deutsche Beamtenbund keine gewerkschaftliche Spitzenorganisation für die breiten Schichten der Beamenschaft ist.

Innerhalb der Reichspostgewerkschaft, die eine sechs Verbände umfassende Arbeitsgemeinschaft der Postbeamten bildete und 255 000 Mitglieder zählte, war der Reichsverband die stärkste und einflussreichste Organisation. Ihr Ausscheiden bedeutet praktisch den Verfall der Reichspostgewerkschaft.

Der Beschluß des 12. außerordentlichen Verbandstages beweist aufs neue, daß die bisher vom Deutschen Beamtenbund propagierte Organisationsform unhaltbar war und den Keim der Zerreißung in sich trug.

Generalfversammlung der Gemeindefürsorge.

In der ordentlichen Generalfversammlung des Verbandes der Gemeindefürsorge und Staatsarbeiter, die am Freitag im Gewerkschaftshaus tagte, gab Palensky den Geschäftsbericht vom 2. Quartal. Er betonte, daß tarifliche Arbeiten und Vorbereitungen zum Verbandstag sowie für den 11. Gewerkschaftstages den überwiegenden Teil der Zeit in Anspruch genommen haben. Ein besonderes Gewicht ist auf den Manteltarif zu legen, den die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten nur bis zum 31. März 1922 bewilligen wollte, der aber nach der Entscheidung im Reichsarbeitsministerium Geltung bis zum 31. März 1924 erhalten hat.

Es ist uns gelungen, das Mitbestimmungsrecht in einer Form zu wahren, die als ziemlich zufriedenstellend bezeichnet werden kann und für verschiedene Teile der Kollegenchaft eine Verbesserung ihrer früheren Arbeitsbedingungen zu erreichen. Auch die Notstandsarbeiten sind festgelegt worden.

Leider hat der Magistrat den Straßenbahnern gegenüber kein Entgegenkommen bewiesen, und auch durch den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums ist ihren berechtigten Ansprüchen nicht Rechnung getragen. Die Straßenbahnern werden durch Urkündigung am Dienstag und Mittwoch zu dem Spruch Stellung nehmen. Es handelt sich darum, ob der Manteltarif für etwa 14 000 städtische Arbeiter durchgesetzt werden soll.

Weiter machte der Redner davon Mitteilung, daß mit dem Magistrat über die Juli- und Augustlöhne verhandelt worden ist. Das Angebot des Magistrats beträgt für Ungelernte 20,75 M., bis 28,45 M., für Angelernte 21,25 bis 27,05 M., für Handwerker 22,40 bis 28,50 M., für Jugendliche 40 bis 60 Proz. des Lohnes der ungelerten Volkarbeiter, für Weibliche 75 Proz. des Lohnes der entsprechenden Arbeitergruppe. Verheiratete pro Arbeitsstunde 1 M. Beihilfe. Kinderbeihilfe 1,35 M. pro Arbeitsstunde.

Für August soll eine Erhöhung dieser Löhne erfolgen. Die Mitglieder haben zu diesem Angebot noch keine Stellung genommen.

Ueber den Mitgliederbestand bemerkte der Redner, daß dieser sich etwas verringert habe. Die Abwanderung war größer als der Zugang. Viele Kollegen haben die städtischen Betriebe verlassen, um sich eine bessere Existenz in der Privatindustrie zu suchen.

Hierauf gab der Kassierer Hoffmann den Kassenbericht vom 2. Quartal. Er hob hervor, daß hohe Ausgaben zu leisten waren und daß die zur Zeit des Streiks aufgenommenen Gelder zurückgezahlt werden mußten. Die Kassenlage sei hierdurch ungünstig beeinflusst worden.

Von der Hoch- und Untergrundbahn.

Vom Verkehrsband wird uns geschrieben: Die Hochbahndirektion und der Arbeitgeberverband sind in den zahlreichen Verhandlungen den Nachweis schuldig geblieben, daß die Hochbahn ein notwendiges Unternehmen ist. Vielmehr findet die Belegschaft die Annahme bestätigt, daß das Unternehmen durchaus finanziell gut dasteht, so daß die Hochbahn zum mindesten die Löhne, die der Staat, das Reich und die Stadt zahlt, auch zahlen kann.

Wie weit die Arbeiterchaft der Hochbahn hinter den Löhnen der Stadt Berlin zurücksteht, darüber schrieb der Stadtverkehrsrat Dr. Adler im „8-Uhr-Abendblatt“ folgendes:

„Ein Vergleich der im Monat Mai bei beiden Verkehrsunternehmen (Straßenbahn und Hochbahn) gezahlten Löhne ergibt nämlich das folgende eigenartige Bild:

Ein ungelerner Arbeiter mit Frau und einem Kind bezog bei der Hochbahn einen Stundenlohn von 15,20 M., bei der Straßenbahn eine solchen von 20,10 M. Ein Wagenfahrer der Hochbahn erhielt 15,90 M., ein Straßenbahnfahrer durchschnittlich 21,50 M.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Stundenlöhne der Straßenbahn infolge der erhöhten Sonntagszulage sich durchschnittlich noch um 1,50 M. erhöhen, der Unterschied von den Bezügen der Hochbahner also noch krasser wird.“

Die neuen städtischen Lohnforderungen verlangen aber für Juli einen Stundenlohn von 37,30 M., bei deren Bewilligung ein Straßenbahnfahrer um mehr als 16 M. pro Stunde gegenüber seinen Kollegen von der Hochbahn im Vorteil sein würde.

Herr Adler bestreitet nur, was wir oft den Herren gesagt haben, daß die Hochbahn nur auf Kosten der Arbeiter billiger fahren kann, als die Straßenbahn. Dies stellt auch Herr Adler fest, denn er schrieb:

„Die Differenz in den Lohnausgaben der Hochbahn und Straßenbahn stellt sich auf 657 Millionen Mark, die sich zu Ungunsten der letzteren belaufen würden.“

Und weiter, daß sowohl die Hochbahn- wie auch die Omnibusgesellschaft mit Rücksicht auf die von ihnen gezahlten niedrigen Löhne gar keine Veranlassung hätten, die so sprunghafte Steigerung der Tarife im gleichen Umfange mitzumachen. Dabei sei erwähnt, daß die Omnibusgesellschaft immerhin schon für Monat Juli höhere Löhne zahlt, als die Hochbahn.

Nun wird kein Mensch glauben, daß die Hochbahngesellschaft aus Rücksicht auf die Berliner Bevölkerung billiger fährt, als die Straßenbahn. Der Grund ist so durchsichtig, daß ein jeder darüber stolpern muß.

Bekanntlich steht hinter dem Hochbahnunternehmen das rücksichtslosste reaktionäre Bankkapital. Das Bankkapital ist ein gefährlicher Feind aller kommunalisierten Betriebe. Rücksichtslos entzieht es diesen Betrieben die Kredite, wogegen es die Privatbetriebe unterstützt, um der Rentabilität zunächst zu zeigen, daß ein Privatbetrieb sich rentabler gestaltet. Dies trifft für die Hochbahn ganz besonders zu. Darüber hinaus entzieht die Hochbahn der Straßenbahn die Fahrgäste und verfehlt somit langsam aber sicher der kommunalisierten Straßenbahn den Todesstoß.

Zu diesem Entschluß kommt auch Dr. Adler, nur überfährt er, daß die ihm unterstellte reaktionäre Leitung der Berliner Straßenbahn am Leipziger Platz dazu, ohne daß er es anscheinend merkt, hilfreich ihre Hand bietet.

Lohnverhandlungen in der Schuhindustrie.

Auf Grund eines Beschlusses des Verbandstages in München wurde der Zuschlag zum Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie gefordert und neue Lohnforderungen gestellt. Die Verhandlungen mit den Fabrikantenorganisationen führten zu dem Ergebnis, daß die am 1. Mai gewährte Zulage auf die Tariflöhne von 25 v. H. auf 90 v. H. erhöht wurde, und zwar mit Wirkung vom 1. Juli an. Danach beträgt der Mindeststundenlohn eines männlichen Arbeiters über 21 Jahre 30,40 M., der Mindeststundenlohn 34,20 M. Die Löhne der weiblichen Arbeiter sind 25 v. H. niedriger, die der unteren Altersklassen sind entsprechend gestaffelt. Da die Teuerung weiter fortschreitet, finden am Ende dieses Monats neue Lohnverhandlungen statt.

Damen-, Kindermäntel- und Kostümkonfektion.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband schreibt uns: Auf Grund des grenzenlosen Steigens sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel hat der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband dem Arbeitgeberverband neue Forderungen auf die jetzt bestehenden Löhne unterbreitet. Die Verhandlungen, die dieserhalb mit den Fabrikanten stattfanden, führten zu keinem Ergebnis, da das Angebot der letzteren erheblich hinter unsere gerechten Forderungen zurückblieb.

Hier sieht man auf der einen Seite Hochkonjunktur und kolossale Gewinne, auf der anderen Seite Elend und niedrige Löhne. Es gilt den Großkonfektionären und auch Zwischenhändlern zu zeigen, daß man auch als Mensch leben will! Die Verhandlungskommission wird den Mitgliedern Bericht erstatten, dann sollen unsere Kollegen und Kolleginnen entscheiden. Die Branchenversammlung findet am Dienstag statt. Da diese Versammlung wichtige Entscheidungen treffen soll, ist es notwendig, daß sämtliche in diesem Beruf Beschäftigten, Bügler, Stepper, Werkstatte wie Heimarbeiterinnen, vorkommend, erscheinen, damit diese Versammlung auch einen Eindruck auf unsere Fabrikanten macht!

Neuer Schiedsspruch im Schiffstreck.

Hamburg, 29. Juli. (W.F.) Der vom Reichsarbeitsminister eingeleitete Schlichtungsausschuss unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrats Dr. Hausmann hat heute morgen seinen Schiedsspruch gefällt, der den Schiffsoffizieren, Ingenieuren, Heizeren usw. eine Erhöhung der Heuern um 90 Proz. auf die Aprilheuern zubilligt. Die strittige Lohnerhöhung soll durch ein vorläufiges Abkommen geregelt werden, bis die Vorbereitungen für die endgültige Regelung erledigt sind. Ferner wurden die Sätze für die Selbstverpflegung der Besatzungen neu festgelegt. Auch die Effektenversicherung wird von den Reedern zu neuen Beträgen übernommen. Erhöht wurden auch die Ausstattungsgebühren für die Besatzungen. Die Parteien haben dem Reichsarbeitsministerium bis spätestens 31. Juli Mitteilung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu machen.

Lohnbewegung in den Leinwandwerken. Die Angestellten der bekannten Leinwandwerke befinden sich seit mehreren Wochen in Unterhandlungen, die als gescheitert zu betrachten sind. Das letzte Angebot der Unternehmer, eine Erhöhung der Zuschläge im Verhältnis zu den Malgehältern um 35 Proz. und Festsetzung der Augustgehälter nach der Reichsindexziffer (die aber bekanntlich erst im September herauskommt), ist von den Angestellten in einer Urabstimmung fast einstimmig abgelehnt worden.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband. Damen-, Kindermäntel und Kostümkonfektion. Dienstag abend 6 Uhr Weinmeister Str. 17 Branchenversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Dienstfahrer, Sonntag vormittag 10 Uhr im Hotel von Dahms, Schlegelstraße 9. Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Bundesgeschäftsführers Genossen Weid. 2. Besprechung über die neu herausgegebene Geschäftsordnung im Dienstfahrergewerbe.

Wirtschaft

Kohlennot und westdeutsche Industrie.

In der Vorkonferenz der Handelskammer in Düsseldorf berichtete Generaldirektor König über dem Reichshöhlenrat über die Verhandlungen des deutschen Kohlenauschusses mit der Reparationskommission in Paris, an denen er teilgenommen hat. Alle Bemühungen, den Verband vor der Unmöglichkeit der Lieferungen zu überzeugen, seien erfolglos gewesen. Es sei überhaupt nicht zu solchen Erörterungen gekommen, da sich die deutschen Vertreter auf die Verantwortung der vorgelegten Fragen beschränken mußten. Aus dem Umstand, daß der Kohlenverbrauch in Deutschland sehr groß sei, schloß der Verband die Möglichkeit der Erfüllung der Lieferungsbedingungen. Er übersehe jedoch, daß Berge zwischen heute und der Zeit vor dem Kriege irreführend seien, da der starke Kohlenverbrauch durch die schlagartige Beschaffenheit der deutschen Kohle verursacht werde. Deutschland müsse, so führte der Vortragende aus, entweder die Förderung im Ruhrgebiet steigern, woran aber wegen der großen Abwanderung der Bergarbeiter nicht zu denken sei, oder die deutsche Industrie müsse ihren Betrieb einschränken, was einen Verfall der deutschen Wirtschaft zur Folge haben würde. Die Industrie sei genötigt, ihren Kohlenbedarf aus dem Ausland zu decken.

Der Geschäftsführer der Handelskammer, Herr Wilden, berichtete über die Ermittlungen der Handelskammer zur Feststellung der Lage der Düsseldorfer Industrie. Die gesamte Industrie sei nicht mehr ausreichend mit Kohle versehen, so daß es voraussichtlich im Herbst zu erheblichen Betriebseinsparungen kommen werde. Es würde eine Entschärfung angenommen, die auf die Gefahr der Stilllegung von Betrieben hinweist und als Ursache des Kohlenmangels das unerträgliche Maß der Lieferungsverpflichtungen an den Verband bezeichnet. Die Industrie erwartet daher von der Regierung, daß sie der Einfuhr ausländischer, besonders englischer Kohle, jede Erleichterung zuteil werden läßt und dafür sorgt, daß die englische Kohle in den günstigsten Bezugsgebieten verwendet wird, damit Kreuz- und Querläufe von deutscher Reparationskohle, wie sie im Westen täglich stattfinden, vermieden werden.

Die Reichsbank zur Diskonterhöhung.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank führte der Vorsitzende Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. v. Clafenapp, zur Diskonterhöhung u. a. folgendes aus:

Der starke Ueberschuß am Geldmarkt, der sich während des Krieges entwickelt hatte und auch nach dem Kriege zunächst im großen und ganzen fortdauerte, zeitweise sogar sich noch verstärkte, hat bereits gegen Ende vorigen Jahres wesentlich nachgelassen und gegen Ende des ersten Quartals des laufenden Jahres sich verloren. Im Laufe des zweiten Quartals begann sich eine Geldknappheit zu entwickeln, die sich mehr und mehr steigerte und seit Ende Juni sich in starkem Maße fühlbar machte. Die Sätze für tägliches Geld an der Berliner Börse, die noch im Januar, Februar, März und April sich auf durchschnittlich 4,45 Prozent stellten, stiegen allmählich auf 5 Proz. bei Schahenweilungsunterlagen und bei sonstigen Unterlagen auf 7 Proz. Ebenso steigerte sich der Privatdiskont an der hiesigen Börse, der im Durchschnitt der ersten vier Monate 4,15 Prozent betragen hatte, Ende Juni auf die Höhe des Bankdiskonts von 5 Prozent.

Bis zum Frühjahr 1922 war die Reichsbank von der Bewegung nur wenig berührt worden. Zunächst kommt in Betracht, daß die im fortwährend wachsendem Maße vom Reich bei der Reichsbank diskontierten kurzfristigen Reichsschahenweilungen nach Möglichkeit von der Reichsbank am freien Markte rebidioniert (gegen Zinsvergütung weitergegeben) werden. Inwieweit als diese Rebidionierung gelangt, wird die inflationistische Wirkung der Ausgabe von Schahenweilungen ausgeglichen. Ende Dezember 1921 waren von insgesamt 255 Milliarden bei der Reichsbank diskontierter kurzfristiger Schahenweilungen 102,7 Milliarden, also rund 43,7 Prozent, am freien Markte untergebracht. Am 31. Mai war die Gesamtausgabe auf 277 Milliarden gestiegen, von denen der Verkehr 109,3 Milliarden, mithin nur 39,4 Prozent, aufgenommen hatte; am 30. Juni stellte sich die Gesamtausgabe auf 282,9 Milliarden, der vom Verkehr aufgenommene Betrag auf 96,8 Milliarden Markt gleich 34,2 Prozent; am 22. Juli war die Gesamtausgabe auf 289,5 Milliarden gestiegen, der im Verkehr untergebrachte Betrag auf 95,5 Milliarden, mithin auf 32,9 Prozent, gesunken. Dabei ist zu bedenken, daß der 22. Juli mit den Monatsständen nicht vergleichbar ist. Für den bevorstehenden Monatsfuß wird sich aller Voraussicht nach ein wesentlich ungünstigerer Betrag ergeben.

Während so das Vorwiegen der Reichsbank infolge der abgeminderten Aufnahmefähigkeit des Geldmarktes durch die schwebende Schuld des Reiches mehr und mehr belastet wurde, wuchs gleichzeitig auch die unmittelbare Inanspruchnahme des Wechselkredits der Reichsbank durch den Verkehr. Ende Dezember 1921 hatte sich der Bestand der Reichsbank an inländischen Baranweisungen und Schecks auf nur 922 Millionen Markt gestellt. Ende März 1922 war der Betrag auf 1658,5 Millionen gestiegen; er stieg weiter am 29. April auf 1994,8; am 31. Mai auf 2881,6; am 30. Juni auf 4571,4; am 15. Juli auf 5084,4 und am 22. Juli auf 6881 Millionen Markt, was gegenüber dem Bestände vom 31. Dezember 1921 ein Mehr von 5959 Millionen Markt ergibt.

Unter diesen Umständen läßt sich der gegenwärtige Diskontsatz von 5 Prozent nicht länger aufrechterhalten.

Die überwiegende Mehrheit des Zentralausschusses stimmte der Erhöhung der Zinssätze zu.

Bericht für den 28. Juli. Text: Franz Kuhn, Berlin-Bücherei; für den 29. Juli: E. Stöde, Berlin. Verlag: Buchverlag Berlin G. m. b. H., Berlin. Stadtverordnetenversammlung u. Verbandsrat; für den 30. Juli: E. Stöde, Berlin. Stadtverordnetenversammlung u. Verbandsrat.

Person-Teppiche
Klaviere, Flügel
bunte Tapeten, jahrelang haltbar, Preisliste, 8. Hof, 1914

Einzelne Möbel
1. Nullbaum-Eiche
2. Kompl. Schlaf- und Wohnzimmer, Sofas, Umbauten, Ruhebetten, weiße und farbige

Küchen
zu niedrigem Preise und auf bequeme Teilzahlung

Grebler
Weinbergsweg 4, am Rosenthal, Tor

Hosen! Hosen!
Arbeits-, Feldgras-, gestreifte, braune, schwarze u. gestreifte Hosen, Turn- und Fußballhosen kauft man gut u. vorteilhaft in großer Auswahl in der

München-Gladbacher Hosen-Zentrale
NW. 87, Beusselstr. 39
Blauer Laden.
Bauchhosen für beliebige Herren.
Fahrgeldvergütung!

Korbmöbel
kaufen Sie am vorteilhaftesten bei H. Hersteller

A. Lesdau
Werkstätten für feine Korbmöbel
Farnsprecher
Neukölln 1359.
Assol. und Verkauf nur Neukölln, Anzeiger-Grabenstraße 20.

Spezial-Arzt Dr. Scott
für Haut- und Geschlechtskrankheiten, veraltete Hämorrhoiden, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchung, Aetztest, Leber-Institut.

Dr. Löser senior
Sonnt. 10-12
Rosenthaler Str. 69/70, ab 8. Damesse, separ. Bruch- und Bandagen gratis.

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Cuthausen Sam 13

Neuer-Tuchteil!
Schöne Reste in Frotte, Velle, Gardine, Tuch etc. Reste für Herren-Anzüge, Schlüpfen in Qualitäten.
Stannend billig!

Metallosten
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Patente
wirken
Ing. Jäger & Dr. Erwin
Berlin, Unter den Eichen 191c.
Bruch- und Bandagen gratis.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbstschalter Referenz ich in Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe
1 Ring Dukstanggold v. ... M. 300,- an
1 Ring 565 gestempelt v. M. 220,- an
1 Ring 565 gestempelt v. M. 170,- an

H. Wiese, Juwelier
Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12

Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Garantierschein für gesetzlichen Goldinhalt

Herrenartikel
Hüte, Mützen, Oberhemden, Unterwäsche, Handschuhe, Krawatten, Stöcke, Schirme, Westen, Socken, Träger etc. gut preiswert bei größter Auswahl

Deutsche Hut-Compag. Neukölln
Hermannstr. 42-43
Täglich 10 bis 6 Uhr, 1. Preis. Fabrik.

Meine Herren!
Einen wirklich guten Anzug
kannst du dir kaufen Sie zu weit überhöhten Preisen

Große Auswahl
Gefertigt in der Bekleidungsindustrie
Hilgenstr. 116
Hochb. Preisgarant. — Fahrgeldvergütung

Echte **Walthorus Wiefenag - Essen**
extra! (Westfäl.) 12 Fl. M. 75, bei 24 Fl. M. 135 Frk. u. inkl. Zu haben in Apoth. u. Droger. Herst. **W. Walthorus, Halle a. S., Trotha 143**

Hosen!
Aussergewöhnliches Angebot!

Arbeits- von 375,-
Gestreifte Hosen, schöne Must. 425,-
Ersatz für Maß 335,-
Herren-Anzüge von 2000,- an
Knaben- 300,-

München-Gladbacher Hosen-Zentrale
N. Weidener Str. 25, Blauer Laden
u. d. Brunnenstr. u. d. Gieselerstr.
Fahrgeldvergütung:
A. M. 35, 36, 37, 40, 41, 42, 99, III, 2.
Fahrgeldvergütung

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbte, Uhren, Ketten, Ringe
sowie Almetalle kauft zu
schonil Engrspreisen

Roseneck, Berlin O.
Schreinerstraße 22 (Laden)
1 Minute vom Hof. Frankl. Allee
Fahrgeldvergütung
Größtes Absatzgebiet für Händler

Korb- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik, stets her-
vorrag. Neuh. Gr. Aus-
wahl, billige Preise
Edmond Tsch. 61a-61b
Berliner Str. 11, Nähe
Friedmannplatz - Tel.
Neukölln 2204, Regier-
samtlich Korbwaren

Was laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Veranlassung?

Mar Motel, Schneidernstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 33, Tel. 1909.
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Wiese, Berlin-Tiergarten u. Charlottenburg

Dienstoffe im Kaufmanns-Bole
in enger, hübscher u. so Governants
u. Garboline, Marco-Serien, Einlag-
betten, Strümpfe, Schürzen, Tisch-
decken, Eiderwolle, um / Große Auswahl
in Damen- u. Kinderstoffen bei preisw.
Elia Schmel, Neukölln
Hermannstr. 9, Nähe Friedmannplatz

Quecksilber
kauft höchstehend

Heinrich Trapp, Bentzstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)